

Grußwort Privatisierungstagung am 8. November 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich begrüße Sie/euch herzlich bei der Tagung der GEW Baden-Württemberg zur Privatisierung im Bildungswesen, zu der wir Sie unter dem Titel „Das Wahre wird zur Ware“ – ausgerechnet ins Haus der Wirtschaft – eingeladen haben.

Ganz besonders freue ich mich als Gäste begrüßen zu können:

MdL Christa Vosschulte, CDU

MdL Norbert Zeller, SPD

Wolfgang Klink, LSB

Gabi Wengenroth-Meurisch, LEB

Waltraud Berndt-Mohr, AK Gesamelternebeiräte

Dr. Christoph Scheilke

Harald Augenstein, AIM

Der Stellenwert von Bildung, insbesondere die Qualität schulischer Bildung, in unserer Gesellschaft ist gewachsen. Bildung entscheidet Landtagswahlen. Bildung, zugespitzt auf nationale Gipfel, soll sogar zur Hebung des Ansehens einer Kanzlerin und ihrer Bildungsministerin beitragen - was allerdings noch zu beweisen wäre. Bildungsausgaben rücken angesichts der kontinuierlich knapper gemachten Mittel in den staatlichen Haushalten sehr stark in den Blickpunkt und stärken die Bedeutung bildungsökonomischer Forschung. Gleichzeitig wird Bildung als strategische Ressource für die Bewältigung wirtschaftlicher und

gesellschaftlicher Probleme erkannt. Dazu tragen die bildungsökonomisch begründeten Aktivitäten der OECD bei, die unserer schulischen Bildung kein gutes Zeugnis ausstellen. Die erschreckend und inakzeptabel hohe Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft ist das zentrale Defizit unseres Bildungswesens und zieht sich wie ein roter Faden von der frühkindlichen Bildung, über die Schule bis in die Hochschule durch. Nicht zuletzt die Unzufriedenheit mit den staatlichen Bildungseinrichtungen und deren mangelhafte personelle und sachliche Ausstattung stärken den Markt privater Bildungsangebote, freilich ohne einen Beleg für deren bessere Qualität abzuliefern. Ein eindrucksvoll negatives Beispiel für privatisierte Bildung liefert die Erwachsenen- und Weiterbildung ab. Die weit fortgeschrittene Privatisierung bereitet sowohl Bildungsteilnehmerinnen und –teilnehmern als auch Beschäftigten erhebliche Probleme.

Bildung ist im Fokus der Forschung. Die Forschungsergebnisse der Bildungsökonomie müssen für nahezu jede Interpretation politisch geleiteter Interessengruppen herhalten und lassen in Wirklichkeit viele Fragen offen.

- Dezentralisierung und Schulautonomie, extern gesetzte Standards und zentrale Abschlussprüfungen sowie Wettbewerb durch die Einführung von Schulwahlfreiheit und nachfrageorientierte Finanzierungskonzepte werden als leistungsfördernde Faktoren benannt. Das hinterfragen wir als Bildungsgewerkschaft sehr kritisch.
- Sind Privatschulen besser als staatliche Schulen? Oder fühlen sich Schülerinnen und Schüler dort nur besser von ihren Lehrkräften

unterstützt als an staatlichen Schulen?

- Kann aufgrund der bekannten Schulleistungsstudien tatsächlich eine Aussage über die Wirkung vielfältiger Parameter, z.B. der Klassengröße, auf Schülerleistungen gemacht werden, wenn sie nicht im kulturellen Kontext der verschiedenen Schulsysteme betrachtet werden?

Fragen über Fragen. Ich freue mich deshalb, dass wir für die heutige Tagung Sie, Herrn Prof. Dr. Ludger Wössmann, Bildungsökonom an der Universität München, gewinnen konnten. Sie befassen sich mit diesen Fragen. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Ich begrüße ebenso herzlich Herrn Pedram Shahyar. Er ist Literaturwissenschaftler, engagiert sich im Koordinierungskreis von Attac Deutschland und spricht sich entschieden für die öffentliche Organisation und Finanzierung von Bildung aus.

Beide werden uns unter der Moderation von Rainer Dahlem, dem langjährigen Vorsitzenden der GEW Baden-Württemberg, und weiteren Gästen, einen spannenden und kompetenten Einblick in Fragen der Privatisierung von Bildung geben.

Ich begrüße als weitere Akteure des heutigen Tages Matthias Holland-Letz, Wirtschaftsjournalist und Autor der GEW-Privatisierungsreports, Hildegard Klenk, die Vorsitzende der GEW Nordbaden, Dr. Andreas Keller, Leiter des VB Hochschule und Forschung beim GEW HV in Frankfurt und Michael Futterer, stellv. Vors. GEW Ba.-Wü.

Die ausgedruckten Workshops 2 und 4 finden mangels Anmeldungen nicht statt. Margrit Schatz ist anwesend.

Die Privatisierung der Bildung ist kein Zukunftsszenario. Marktförmige Mechanismen haben inzwischen in allen Bildungsbereichen, der Jugendhilfe, Hochschulen, Weiterbildung, beruflichen Bildung und Schule Einzug gehalten. Schul sponsoring, Nachhilfeinstitute, Privatschulen, Hochschulrankings, Eliteschulen und Exzellenz-Universitäten, Stiftungen wie Bertelsmann und Co. gehören längst zum Alltag in der Bildungslandschaft. Europäische Rechtsprechung, aber auch gesetzliche Regelungen in Baden-Württemberg stärken den Stellenwert privater Bildungsangebote. Im aktuell vorliegenden Gesetzentwurf zu Kindertageseinrichtungen ist ausdrücklich die finanzielle Bezuschussung von gewerblichen privaten Einrichtungen vorgesehen. Konzepte und natürlich Mittel von Gesamtmetall und anderen Arbeitgeberorganisationen werden ganz offiziell vom Kultusministerium als Bestandteil der Qualitätsentwicklung für Schulen tw. Verpflichtend eingeführt.

In vier nach Bildungsbereichen differenzierten Workshops werden Expertinnen und Experten am Nachmittag die aktuellen Entwicklungen darstellen und die Diskussion begleiten. Dabei geht es nicht darum, in einer offenen Diskussion lediglich Pro und Kontra privater Bildungsangebote auszuloten. Vielmehr ist es unsere Aufgabe als Bildungsgewerkschaft, die Umsetzung der Vorgaben des Grundgesetzes, der Landesverfassung und des Schulgesetzes einzufordern. In Artikel 7 unseres Grundgesetzes heißt es z.B. zur Frage der Genehmigung von Privatschulen: „Die Genehmigung ist zu erteilen, ... wenn eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“ Artikel 11 unserer Landesverfassung legt

den Bildungsanspruch fest: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“

Es ist Aufgabe der GEW und aller demokratischen Kräfte in der Gesellschaft, diesen Auftrag der Landesverfassung durchzusetzen. Spätestens seit der ersten PISA-Studie steht fest, dass dieses Recht verletzt wird. Es ist - das muss ich an dieser Stelle anmerken - zutiefst undemokratisch, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU Baden-Württemberg einen der oberschwäbischen Schulleiter-Rebellen öffentlich maßregelt, weil dieser die Einhaltung der Landesverfassung einfordert – nicht mehr und nicht weniger.

Unsere Forderung ist klar: Die staatliche Bildung, finanziert aus den öffentlichen Haushalten, muss so gut sein, dass Qualitätsansprüche allein niemanden zwingen, auf den privaten Sektor auszuweichen. Der Staat muss sicherstellen, dass die Qualität der Bildung in seinen Bildungseinrichtungen gesteigert und Chancengleichheit hergestellt wird.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Baden-Württemberg hat im April dazu einen klaren Beschluss gefasst:

Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben. Der Staat hat die Verantwortung für den freien Zugang zur Bildung, für die Chancengleichheit und für die Abwehr von marktwirtschaftlichen Modellen.

Im Zuge der Autonomisierung von Schulen muss der Staat seine Verantwortung durch eine qualitativ starke Rahmung erfüllen.

Bildung ist keine Ware. In einem marktförmig organisierten Bildungssystem ohne gesellschaftspolitisch motivierte Rahmung und Steuerung werden Benachteiligte noch stärker von Bildungs- und Lebenschancen abgekoppelt als bisher. Die Gesellschaft hat das Recht und die politisch Verantwortlichen die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die demokratisch vereinbarten bildungspolitischen Ziele umgesetzt werden.

Nicht zuletzt ist es unsere Aufgabe als Gewerkschaft, die privatisierte Bildung nicht zum Sektor prekärer Beschäftigungsverhältnisse verkommen zu lassen. Privatisierung von Bildung ist insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung vielfach mit Dumpingpreisen, oft auch mit fehlender Professionalität verbunden. Wir müssen der Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen in privaten Bildungseinrichtungen Einhalt zu gebieten.

Bevor ich für den weiteren Verlauf des Vormittags an Rainer Dahlem übergebe, informiere ich Sie/Euch über eine kleine Veränderung im Ablauf: Wir werden die für 15 Uhr vorgesehenen „gemeinsamen Schlussbetrachtungen“ nicht anstellen. Stattdessen geben wir den Workshops eine weitere halbe Stunde und beenden damit die Tagung.

Dank an Rainer Dahlem, stellvertretend für alle Ute Kratzmeier und Monika Dehmelt.

Ich wünsche Ihnen/Euch gute Informationen, eine anregende Gesprächsrunde und heute Nachmittag konstruktive Diskussionen.

Doro Moritz

3. Oktober 2008

